

Oregon: Christlicher Konditor bedient keine Homo-Paare

Homophobe Konditoren wollen sich aus religiösen Gründen weigern, Schwule und Lesben zu bedienen. Die US-Höchstrichter mogeln sich bislang um eine Entscheidung herum.

Der Supreme Court, das höchste Gericht der Vereinigten Staaten, hat es am Montag abgelehnt, über einen sechs Jahre alten Fall von Diskriminierung Homosexueller zu entscheiden, und hat den Fall an die Vorinstanz zurückgeschickt, die noch einmal darüber verhandeln muss. Damit wird eine endgültige Entscheidung weiter hinausgezögert, ob es in den USA möglich ist, auf regionaler Ebene die Diskriminierung Homosexueller zu verbieten.



Christliche Aktivisten argumentieren, dass ihnen in der US-Verfassung das Recht auf Diskriminierung von sexuellen und geschlechtlichen Minderheiten im Absatz über Religionsfreiheit zugesichert werde. LGBTI-Aktivisten hatten auf ein Grundsatzurteil des Obersten Gerichtshofs gehofft.

Konkret geht es in diesem Verfahren aus dem US-Bundesstaat Oregon im Nordwesten des Landes – die Konditorei "Sweet Cakes" hatte sich 2013 geweigert, eine Hochzeitstorte für ein lesbisches Paar zu backen, und dabei die sexuelle Orientierung der Auftraggeberinnen als Grund genannt. Ein Gericht in Oregon verurteilte das Konditorenpaar Aaron und Melissa Klein daraufhin zur Zahlung eines Schmerzensgeldes in Höhe von 135.000 Dollar.

Die Argumentation der christlichen Aktivisten ist, dass sie nicht dazu gezwungen werden dürften, "sündiges" Verhalten, das sie allen sexuell aktiven Homosexuellen vorwerfen, durch ihre Dienstleistungen zu unterstützen. Die Antidiskriminierungsbehörde von Oregon argumentierte dagegen, dass Konditoreien und andere Geschäfte immer der gesamten Bevölkerung offen stehen müssten. Dabei wurde die Diskriminierung Homosexueller mit der Diskriminierung von Schwarzen verglichen, die bis in die 1960er-Jahre ebenfalls religiös begründet wurde. Damals argumentierten christliche Rassisten, dass Gott durch den Turmbau von Babel die Rassen getrennt habe und es weissen Christen daher nicht zugemutet werden könne, mit Schwarzen zu verkehren.

"Der Kampf geht weiter"

LGBTI-Aktivisten bezeichneten die Entscheidung des Supreme Courts als enttäuschend. "Aber dieser Kampf ist nicht vorbei", kündigte Lambda Legal an. Die Organisation unterstützt die lesbischen Frauen, denen die Hochzeitstorte verweigert worden war, in ihrem Verfahren.

In den USA gibt es derzeit kein nationales Antidiskriminierungsgesetz, das sexuelle und geschlechtliche Minderheiten vor Diskriminierung schützt. Derartige Gesetze gibt es nur in zirka der Hälfte der Bundesstaaten, darunter auch Oregon. Die Demokraten im US-Kongress unternehmen derzeit einen neuen Anlauf, um einen sogenannten "Equality Act" zu beschliessen. Wegen der Mehrheit der Republikaner im Senat gilt es aber als unwahrscheinlich, dass der Entwurf eine Mehrheit in beiden Parlamentskammern findet.

Derweil ist noch völlig unklar, wie der Supreme Court im Fall von Anti-LGBTI-Diskriminierung entscheiden wird. Im vergangenen Juni stellten sich die Höchstrichter im Streit um eine verweigerte Hochzeitstorte für ein schwules Paar aus Colorado hinter einen homophoben Konditor. Dabei han-

delte es sich aber ausdrücklich nicht um ein Grundsatzurteil, das Gericht kritisierte vielmehr das konkrete Vorgehen der Bürgerrechtskommission von Colorado.

Homo-Gegner rechnen sich für die Zukunft gute Chancen aus, einen Sieg zu erringen; das liegt vor allem an Präsident Donald Trump, der in seiner Amtszeit mit Neil Gorsuch und Brett Kavanaugh zwei erzkonservative Hardliner an das insgesamt neun Mitglieder zählende Gericht entsandt hatte. Eine Entscheidung, die Religionsfreiheit über Antidiskriminierungsregelungen stellt, könnte Auswirkungen auf viele Bereiche haben, darunter das Gesundheitswesen oder den sozialen Sektor.

queer.de / 17.6.2019